

NACHRICHTEN

CHRISTBAUMSAMMELAKTION

Helfer verletzt sich bei Sturz von Anhänger

Mühlhausen-Ehingen (sk) Bei einer Christbaumsammelaktion am Samstagmittag ist laut Polizei ein Helfer vom Anhänger eines Traktors gefallen. Er habe sich zum Glück aber nur leicht verletzt. Bei einer Fahrt von der Eugen-Schädler-Halle habe der 62-jährige Traktorfahrer an der Kreuzung zur Mühlhauser Straße stark bremsen müssen, weshalb der auf dem Anhänger mitfahrende Helfer über die Bordwand des Anhängers und dann mit der rechten Schulter auf die Deichsel gefallen sei und leicht verletzt wurde. Wie es im Polizeibericht heißt, wurde er vom Rettungsdienst ins Krankenhaus gebracht.

FAMILIENSTREITIGKEIT

Polizei ermittelt wegen Körperverletzung

Steißlingen – Zwei Streifenwagen, der Rettungsdienst und Notarzt eilten laut Polizei am Sonntagabend gegen 20 Uhr wegen eines Familienstreits zur Friedhofstraße in Steißlingen. Eine 51-Jährige soll einen 69 Jahre alten Mann attackiert haben. Laut Zeugen habe die Frau, die augenscheinlich unter Alkoholeinwirkung stand, den Mann mit Tritten und Bissen verletzt. Dem Notarzt sei es gelungen, die Frau zu beruhigen. Sie wurde in ein Krankenhaus gebracht. Zu den Hintergründen der Tat werde ermittelt, heißt es im Polizeibericht.

SCHÜLERZEITUNGSPREIS

Auszeichnung für Eichendorff-Treffpunkt

Gottmadingen – Zum Jahreswechsel hat die Redaktion der Schülerzeitung Treffpunkt an der Gottmadinger Eichendorff-Realschule die Nachricht erreicht, dass sie als eine der besten Schülerzeitungen des Landes nominiert wurde. Die Preisverleihung hat mittlerweile digital stattgefunden. Mit einem dritten Preis prämiert wurde eine Ausgabe, die sich dem Thema Klimawandel widmete, wie die Redakteure Fabian Klein (9c), Flora Kelmendi (10b), Gabrielle Hempel (10c) und Lucinda Mayer (10a) von der virtuellen Preisübergabe berichten. Aktuell bereiten die Schülerzeitungsmacher, wie es in einer Pressemitteilung der Schule heißt, die neue Ausgabe vor, die wieder auf dem Wochenmarkt angeboten werden soll.

NEUJAHRSEMPFANG

Bürgererhebung soll im März nachgeholt werden

Engen – Auf Grund der derzeitigen Corona-Lage kann der Neujahrsempfang mit Bürgererhebung nicht wie geplant am Samstag, 15. Januar, in gewohnter Art und Weise durchgeführt werden. Wie es in einer Pressemitteilung der Engener Stadtverwaltung heißt, sei Bürgermeister Johannes Moser und den Gemeinderatsmitgliedern die Entscheidung zur Absage nicht leicht gefallen. Die Gesundheit aller Besucherinnen und Besucher habe einen anderen Weg unumgänglich gemacht. Sofern es die Corona-Situation zulasse, soll der Neujahrsempfang als Bürgerempfang mit Bürgererhebung am Samstag, 26. März, nachgeholt werden, kündigt Erika Scheerer für die Stadtverwaltung in der Pressemitteilung aus dem Engener Rathaus an.

Impfpflicht macht Einrichtungen Sorgen

- Diskussionen im Pflege- und Gesundheitswesen
- Einige Mitarbeiter werden wohl lieber Job wechseln
- Verantwortliche plädieren für allgemeine Pflicht



VON ISABELLE ARNDT
isabelle.arndt@suedkurier.de

Singen – Die Personalsituation im Pflege- und Gesundheitswesen ist seit Jahren angespannt. Jetzt könnte ein im Dezember erlassenes Gesetz dazu führen, dass die Situation noch dramatischer wird. Denn Mitarbeiter im Gesundheits- und Pflegewesen müssen bis 15. März vollständig geimpft sein. Wenn sie das nicht sind, kann das Gesundheitsamt ein Beschäftigungsverbot aussprechen. Sitten Pfleger dann lieber zum Beispiel an der Supermarktkasse oder pendeln in die Schweiz, als alte, kranke oder behinderte Menschen zu betreuen? Das befürchten Verantwortliche im Hegau. Denn bei ihnen sei die Impfquote zwar sehr hoch, erklärt Marina Ott vom Servicehaus Sonnenhalde. Doch auch in ihren Reihen gebe es Menschen, die Ängste oder Widerstände haben, ergänzt Caritas-Vorstand Oliver Kuppel. „Das sind bewährte und gute Fachkräfte, die wir dringend halten wollen“, so Kuppel. Deshalb setzen sie sich gemeinsam mit Bürgermeisterin Ute Seifried für eine allgemeine Impfpflicht ein.

1 Was ist das Problem? Bürgermeisterin Ute Seifried fasst das Dilemma zusammen: „Die Einrichtungen stellen fest, dass jetzt viele Mitarbeiter sagen, dass sie sich nicht impfen lassen und abwandern. Noch können sie das, weil es in anderen Bereichen keine Impfpflicht gibt.“ Schon jetzt würden sie täglich verzweifelte Anrufe erhalten von Menschen, die keinen Pflegeplatz für ihre Angehörigen finden, schildert Oliver Kuppel. Wenn ab Mitte März ungeimpfte Angestellte nicht mehr arbeiten dürfen, hätte das weitreichende Konsequenzen: „Wir wissen nicht, wie wir dann unsere Dienste aufrecht erhalten sollen. Die Situation ist wirklich dramatisch.“ Bei der Tagespflege könne man Plätze reduzieren, doch das würde die Not von Angehörigen erhöhen. Und Menschen mit Behinderung könne man beispielsweise nicht einfach vor die Tür setzen.

2 Warum lassen sich Betroffene nicht impfen? Die Mitarbeiter im Pflege- und Gesundheitswesen seien ein Spiegel der Gesellschaft, erklärt Oliver Kuppel: Viele seien geimpft oder genesen, aber manche wollen einfach nicht. Die Caritas habe alles getan, um Mitarbeiter zu informieren, doch manche würden auf ihrer Meinung beharren. Er spricht von verhärteten Fronten und einer Diskussion, bei der es nicht mehr um Informationen gehe. Marina Ott vom Ser-



Oliver Kuppel ist Vorstand der Caritas Singen-Hegau und fürchtet negative Folgen der einrichtungsbezogenen Impfpflicht. Wenn Mitarbeiter deshalb abwandern, sei die Versorgung nur noch eingeschränkt möglich. BILD: SABINE TESCHKE

vicehaus Sonnenhalde beobachtet, dass einige auch impfmüde sind und keine weitere Impfung wollen. Das mache ihr für die Zukunft Sorgen. Zehn Prozent ihrer Mitarbeiter seien ungeimpft: „Das sind viele wichtige Köpfe, die ich nicht ersetzen kann.“ Die Einrichtungsleiterin äußert auch Enttäuschung, dass gerade Einrichtungen des Pflege- und Gesundheitswesens zur Impfung verpflichtet wurden. Sie erklärt: „Wir haben immer alles gegeben für die zu Pflegenden und hatten die strengsten Vorgaben bei Hygiene und Testpflicht.“ Betroffen von der Impfpflicht sind nicht nur Pfleger, sondern alle Beschäftigten der Einrichtungen – auch der Hausmeister.

3 Wie soll das Gesetz umgesetzt werden? Bei dieser Frage verweist das Gesundheitsamt des Landkreises an das Landesgesundheitsministerium, das den Stab wiederum ans Bundesgesundheitsministerium weiter gibt. Dort erklärt eine Sprecherin: Alle Mitarbeiter betroffener Einrichtungen müssen bis Ablauf des 15. März der Leitung einen Impf- oder Genesenennachweis vorlegen. Auch ein ärztliches Zeugnis darüber, dass man aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden kann, sei möglich. „Bei Nichtvorlage des Nachweises trotz Aufforderung entscheidet das zuständige Gesundheitsamt nach pflichtgemäßem Ermessen im Einzelfall über die weiteren Maßnahmen (zum Beispiel ein Betretungs- und Schulschließungsverbot) und wird dabei auch die Personalsituation in der Einrichtung berücksichtigen“, so die Sprecherin. Wenn eine Einrichtungsleitung jemanden entgegen der Vorgaben weiter beschäftigt oder das Gesundheits-

amt nicht informiert, drohe ein Bußgeld von bis zu 2500 Euro. Ein Beschäftigungsverbot gilt für Mitarbeiter, die nach dem 15. März eingestellt werden und zu Beginn ihrer Tätigkeit keinen Impf- oder Genesenennachweis vorlegen. Aber das Bundesgesundheitsministerium betont auch: „Eine Zwangsimpfung kommt in keinem Fall in Betracht.“

Für das Gesundheitsamt wäre die Aussprechung von Beschäftigungsverboten neu, wie Sozialdezernent Stefan Basel erklärt. „Noch wissen wir nicht, wie streng das gehandhabt wird.“ CDU-Bundestagsabgeordneter Andreas Jung betont auf Anfrage, wie wichtig es ist, dass den Behörden zeitnah Richtlinien des Landesgesundheitsministeriums vorliegen. „So sollten etwa Personen, die am 15. März schon eine erste Impfung haben, aber ohne eigenes Versäumnis noch keinen vollständigen Impfschutz, anders behandelt werden als dauerhafte Impfverweigerer.“

4 Wie kann die Politik helfen? Bürgermeisterin Ute Seifried hat die Abgeordneten um Unterstützung gebeten. Doch die gehen bislang davon aus, dass die Situation nicht so dramatisch wird, wie sie in Gesprächen erklären. „In anderen Ländern kommt es zu sehr, sehr wenigen Kündigungen“, sagt beispielsweise die SPD-Bundestagsabgeordnete Lina Seitzl. Für sie sei die Lage in den Einrichtungen ein wichtiges Argument für eine allgemeine Impfpflicht (siehe unten). Sie verstehe aber die Sorge: „Jeder, der geht, ist einer zu viel.“ Ann-Veruschka Jurisch (FDP) hat im Bundestag für eine einrichtungsbezogene Impfpflicht gestimmt, weil das Schutzinter-

esse der kranken, alten und behinderten Menschen überwogen habe. Auch sie geht von einer geringen Abwanderung aus. Wichtig sei nun, den Gesprächsfäden mit Ungeimpften nicht abreißen zu lassen. CDU-Bundestagsabgeordneter Andreas Jung betont, dass man die Einrichtungen bei der Überzeugungsarbeit unterstützen müsse. Das Impfen richte sich nicht gegen die Mitarbeiter, die eine unverzichtbare Arbeit für alle leisten würden. „Es schützt sie und die von ihnen gepflegten Menschen.“

5 Was soll eine allgemeine Impfpflicht verbessern? „Wenn sich eine Berufsgruppe impfen lassen muss, dann sollte das auch für die Gesamtheit gelten“, sagt Oliver Kuppel. Er hätte sich ebenso wie Marina Ott und Ute Seifried eine andere Lösung gewünscht, wie sie betonen. Bürgermeisterin Seifried erklärt aber auch, dass es schon in der Vergangenheit die Pflicht gab, sich impfen zu lassen. Erzieher und Kinder in Kitas müssten etwa eine Masernimpfung nachweisen.

6 Warum drängt die Zeit? Wer noch nicht geimpft ist und bis 15. März voll immunisiert sein soll, muss Mitte Januar den ersten Piks absolvieren. Eine Terminbuchung für Singen und den Hegau ist möglich über die Seite des Landratsamtes unter www.etermin.net/impfen-kn, dort werden auch Termine von kommunalen Impftagen eingestellt. Weitere Impfungen bietet das Medizinische Versorgungszentrum im Engener Krankenhaus, eine Buchung ist online möglich über die Webseite der Stadt Engen. Außerdem impfen viele Ärzte in ihren Praxen.

Abgeordnete übers Impfen: Am besten wäre es, wenn es keine Pflicht braucht

Die Menschen aus dem Hegau werden von insgesamt sechs Abgeordneten in Bund und Land vertreten. Auf Nachfrage erklären sie ihre Haltung zum Impfen und einer Impfpflicht, die im Bundestag besprochen wird.

➤ **Andreas Jung (CDU):** „Nach über 20 Monaten Pandemie wollen wir alle Schritt für Schritt zurück zur Normalität. Das Impfen ist ein wichtiger Schlüssel dabei“, erklärt der CDU-Bundestagsabgeordnete. Angesichts niedriger Impfquote und aggressiver Virusvarianten sei es möglich, dass das „Ziel eines Gemeinschaftsschutzes nur mit einer Neubewertung der Impfpflicht für Erwachsene erreicht werden könnte“. Bei der vor einer Entscheidung nötigen Debatte müssten aber alle gesellschaftlichen, ethischen und medizinischen Aspekte einbezogen werden. Dazu zählt Jung auch Erfahrungen mit der einrichtungsbezogenen Impfpflicht. „Im Lichte dieser De-

batte werde ich dann meine persönliche Entscheidung treffen.“ Am besten wäre aber, wenn sich kurzfristig so viele Menschen impfen lassen, dass es keine Pflicht braucht.

➤ **Lina Seitzl (SPD):** „Um eine allgemeine Impfpflicht werden wir wahrscheinlich nicht herkommen“, sagt die SPD-Bundestagsabgeordnete. Denn trotz vieler Impfungen sei die Quote leider zu niedrig. Auch Lockdowns und Schulschließungen seien ein harter Eingriff. Eine gewissenhafte Umsetzung einer allgemeinen Impfpflicht koste aber Zeit, es werde etwa über Datenschutz diskutiert. Dennoch hofft sie auf ein Ergebnis im ersten Quartal. „Eine allgemeine Impfpflicht wird die akute Situation vermutlich nicht lösen, aber im nächsten Herbst und Winter helfen.“ Die Situation im Pflege- und Gesundheitswesen müsse insgesamt verbessert werden, der neue Koalitionsvertrag sehe da viel vor.

➤ **Hans-Peter Storz (SPD):** Seit als Landtagskollege findet eine einrichtungsbezogene Impfpflicht richtig und spricht sich auch für eine allgemeine Impfpflicht aus. Hans-Peter Storz sieht im Impfen die einzige Chance, der Pandemie Herr zu werden, wie er erklärt. Nun müsse man mit Vorbildern stärker fürs Impfen werben und Menschen die Ängste vor einer Impfung sowie ihren Folgen nehmen.

➤ **Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Durch 2G- und 3G-Regeln mache die Politik sehr klar, dass eine Impfung mehr als erwünscht sei. Für noch mehr Deutlichkeit brauche es nicht unbedingt eine allgemeine Impfpflicht, sagt die FDP-Bundestagsabgeordnete. Deshalb werde sie ihre Abstimmung von dann konkret vorliegenden Gruppenanträgen abhängig machen. „Ich denke, wir müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen, bevor wir eine allgemeine Impfpflicht einführen.“ Jurisch

unterstreicht die Aussage des Bundesverkehrsministers und Parteikollegen Volker Wissing beim Neujahrsempfang in Konstanz: „Im Grunde diskutieren wir eine allgemeine Impfpflicht nur, weil in den letzten Jahren etwas an der Vertrauensbasis in unserer Gesellschaft kaputtgegangen ist.“ Deshalb solle man sich stärker gegen Desinformationskampagnen wappnen.

➤ **Dorothea Wehinger (Grüne):** Auch die Grünen-Landtagsabgeordnete spricht sich für eine allgemeine Impfpflicht aus. „Weil wir nur mit einer möglichst hohen Impfquote die Pandemie besiegen können, wir eine große Zahl an schweren Verläufen vermeiden können und zu guter Letzt die Maßnahmen, die unseren Alltagsablauf zurzeit sehr einschränken, wieder zurückschrauben können.“

➤ **Bernhard Eisenhut (AfD, Landtag)** hat die Anfrage innerhalb einer Woche nicht beantwortet.